



Gießen - ein Anfangserfolg!

Jetzt verstärkt weiterkämpfen !

Rund 500 Bürger aus der Nachbarschaft des Frankfurter Flughafens forderten vor der Mehrzweckhalle in Gießen-Allendorf: „Keine Startbahn West!“ Hier tagte der unter dem Druck der Bevölkerung eilig einberufene Umwelt-Sonderpartei-tag des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Der von ihm gefaßte Beschluß ist ein Anfangserfolg der Bürgerbewegung gegen die Startbahn/West. Es zeigt sich erneut, daß eine einigevereinigte Bevölkerung mit Massenprotesten Erfolg erzielen kann.

Allerdings kann man im Zusammenhang mit dem Auftreten von Ministerpräsident Börner vermuten, daß er eher auf Zeitgewinn zielt als auf die Verhinderung des Baus der Startbahn. Sicher wird mancher in Wiesbaden darauf setzen, daß sich die Bewegung jetzt totläuft. Die Startbahn-West-Planer werden jetzt alles daran setzen, um das Umland in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dafür stehen ihnen Millionen-Summen und ein bewährtes Instrumentarium zur Verfügung. Wir alle müssen deshalb die nächsten Wochen und Monate dazu benutzen, daß diese Rechnung nicht aufgeht.

In mehreren Anträgen war in Gies-

sen klar gefordert worden, den von der Regierung gefaßten und von der Fraktion bestätigten Planfeststellungsbeschluß rückgängig zu machen. Daraus wurde schließlich die Aufforderung an SPD-Landesminister und Fraktionen, alle Mittel auszus schöpfen, „um einen unnötigen Bau der Startbahn West zu verhindern.“ Selbst diesen, von der Redaktionskommission eingefügten Satz in den Antrag des Bezirksvorstandes wollten Ministerpräsident Börner und andere noch streichen lassen.

Über die Denkweise Börners erfuhr man einiges, als er unter Protestrufen erklärte, daß er sich von Demonstrationen nicht abhalten lassen werde, seinen Plan weiter zu verfolgen. Zugleich versprach er, bis Herbst 1981 würden keine Bäume gefällt, bis dahin könne über „neue Gesichtspunkte“ diskutiert werden.

Damit bestätigt sich die Befürchtung, die immer wieder unter den Demonstranten draußen vor der Halle zu hören war: Börner und seiner Mannschaft geht es jetzt darum, über den Termin der Kommunalwahlen am 22. März hinwegzukommen.

Wahlbehinderung

Dieser Tage wurde bekannt, daß die DKP-Mörfelden-Walldorf ihren Wahlvorschlag zur Kommunalwahl '81 mit mindestens 90 Unterschriften einreichen muß. SPD, CDU und FDP brauchen keine Unterschriften zu sammeln, weil sie im Landtag sitzen. Die DKP wäre von dieser Unterschriftensammlung verschont geblieben, wenn sie nicht aus Protest gegen die Startbahn-West zurückgetreten wäre. So wird der Einsatz für die Bürger belohnt! Die DKP-Mörfelden-Walldorf bittet alle Bürger, mit ihrer Unterschrift zu gewährleisten, daß die DKP zur Kommunalwahl antreten kann. Den Startbahn-Planern muß im März ein gewaltiger Denkkzettel verpaßt werden.

Der „blickpunkt“-Kalender ist da! Alle Kalender, die wir vorher herausgaben, hatten einen historischen Inhalt. In diesem Jahr sind wir davon abgegangen.

Zu groß ist die Bedrohung, die vor uns steht. Zu groß sind die Gefahren für die Gesundheit der Menschen, die hier leben und deren Kinder morgen noch hier leben sollen.

Deshalb gibt es im diesjährigen „blickpunkt“-Kalender Fotos unserer Heimat. Bilder, und zwar schöne Bilder, einer gefährdeten Landschaft. Erstmals haben wir auch auf der Rückseite der Kalenderblätter Bilder. Bilder, die den Kampf der Bevölkerung gegen die Startbahn-West-Pläne dokumentieren.

Haushalt 1981 :

Der Spielraum der Stadt wird immer enger

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Haushaltsplan für das Jahr 1981 vorgelegt. Wie bereits in den letzten Jahren zu verzeichnen war, wird der Spielraum der Stadt immer enger. Der Verwaltungshaushalt wird sich im nächsten Jahr auf rund 33,5 Millionen DM belaufen, das sind 4,2 % mehr als 1980. Der Vermögenshaushalt, aus dem Investitionen für wichtige kommunale Einrichtungen gedeckt werden, sinkt jedoch um 27,1 % und hat dann ein Volumen von rund 6,6 Millionen DM.

Bereits im Vorwort stellt die Verwaltung fest: „Der Verwaltungshaushalt 1981 ist ein Sparhaushalt.“ Immer mehr werden die Einnahmequellen der Städte und Gemeinden durch die Gesetzgebung in Bonn und Wiesbaden gestrichen. Nachdem den Kommunen Einnahmeverluste durch die ersatzlose Streichung der Lohnsummensteuer zum 1.1.1980 entstanden sind (im Falle Mörfelden-Walldorfs waren das immerhin 1,2 Millionen DM), werden zum 1.1.1981 die Einnahmen bei der Gewerbesteuer geringer. Dies bedingt dadurch, daß von der Bundesregierung der Steuerfreibetrag für Gewerbetreibende von 60.000 auf 120.000 DM erhöht wurde. Hinzu kommt noch ein weiterer Freibetrag in Höhe von 50.000 DM für Dauerschuldner. Das sind in unserer Stadt weitere Einnahmeverluste in Höhe von rund 700.000 DM.

Und so hat man an allen Ecken gekürzt. Selbst so kleine Beträge wie für die Ausschmückung der Trauzimmer (1.000 DM) wurden ersatzlos gestrichen. Auch soll es in unseren Straßen dunkler werden, in dem man nachts einige Straßenlampen ausschaltet. Um mehr Geld in die Stadtkasse zu bekommen, muß nach dem Willen des SPD/CDU-Magistrats wieder einmal der „kleine Mann“ herhalten. So haben SPD und CDU bereits in diesem Jahr per 1.1.1981 die Gebührensatzungen gewaltig nach oben geschraubt. Weiterhin ist geplant, die Eintrittspreise für städtische Veranstaltungen von 5 auf 7 DM zu erhöhen. Eine Maßnahme, die die DKP für wenig sinnvoll hält. Dadurch werden die Säle und Kassen nicht voller. Eher werden noch mehr Bürger von einem Besuch abgehalten.

Und kürzt man auch überall, die Ver-

fügungsmittel des Bürgermeisters, des Ersten Stadtrates und des Stadtverordnetenvorstehers, sowie die Gelder für einen parlamentarischen Abend läßt man unangetastet. Das sind zusammen immerhin 58.000 DM. Die DKP tritt hier für eine Einsparung von 18.000 DM ein. Hier wirft man der DKP von Seiten des Bürgermeisters gerne vor, sie wolle den Vereinen die Geschenke kürzen. Er verschweigt dabei allerdings immer, daß dies aus einer anderen Haushaltsstelle finanziert wird. Bei den bereits erwähnten Gebührenerhöhungen erwartet man beispielsweise bei den Kanalbenutzungsgebühren Mehreinnahmen von rund 500.000 DM gegenüber 1980. Gerade an dieser Stelle zeigt sich, wie man durch Zahlenspielerien das wahre Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben verschleiert. So stehen hier 1.624.000 DM Einnahmen 2.000.572 DM Ausgaben gegenüber. Rein rechnerisch ergibt sich daraus ein Zuschuß der Stadt in Höhe von DM 375.972. Von den Ausgaben sind jedoch rund 1,2 Millionen DM sogenannte kalkulatorische Kosten. Diese Beträge werden dann an anderer Stelle im Haushalt wieder voll aus Einnahmen ausgebucht. Also Kosten, die nur auf dem Papier bestehen. In Wirklichkeit

Starke neue Belastungen für die arbeitenden Menschen – wichtige kommunale Vorhaben bleiben auf der Strecke

Auf der Beratung des kommunalpolitischen Arbeitskreises der DKP Mörfelden-Walldorf wurde festgestellt, daß bei den vielfältigen Aktivitäten gegen die Startbahn West, die von Bonn ausgehenden neuen sozialen Belastungen nicht übersehen werden dürften. Fast täglich würden jetzt die bundesdeutschen Haushalte von neuen Preiserhöhungen überschüttet. Der Hauptpreistreiber sei dabei die Bonner Regierung. „Der Staat übernimmt die Pilotrolle und die Kommunen ziehen ebenfalls kräftig nach“ wurde betont. Verheerende Auswirkungen sehen die DKP-Kommunalpolitiker in der 1,5 Milliarden-Kürzung für den sozialen Wohnungsbau. Die Fahrpreiserhöhun-

wird bei der Stadtentwässerung ein Überschuß von rund 800.000 DM erzielt. Der Staat bedient sich hier also der gleichen Vernebelungsmethoden wie beispielsweise Opel, die ihre wahren Einnahmen verschleiern.

Die DKP hat sich mit dem Haushaltsentwurf ausführlich befaßt. Sie ist der Ansicht, daß den Bürgern unserer Stadt in Zukunft nicht noch größere finanzielle Belastungen auferlegt werden können. Die Verteilung der vorhandenen Steuermittel in Bund und Land muß endlich die Städte und Gemeinden mehr berücksichtigen.

Man kann die Kommunen nicht einerseits immer mehr ihrer Einnahmequellen berauben und sie auf der anderen Seite mit neuen Pflichten belasten. Der Anteil ihres Steueranteils muß erhöht werden. Und dies kann effektiv nur mit einer aktiven Friedenspolitik, mit Entspannung und Abrüstung erreicht werden.

Peter Knodt



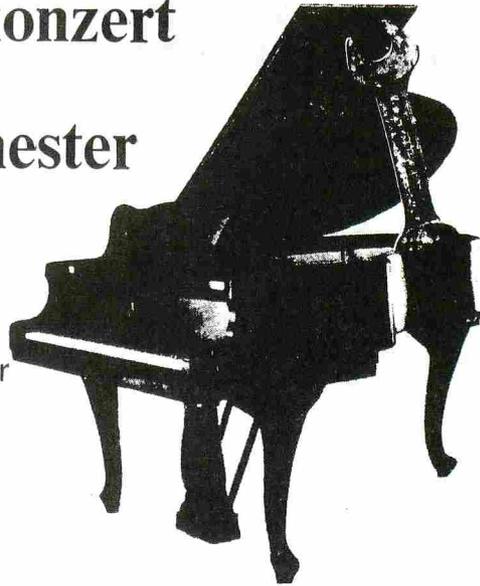
gen um 8 % bei der Bundesbahn, die Verteuerung von Benzin um 8 Pfennig gingen einher mit der Erhöhung kommunaler Gebühren in unserer Stadt.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigte erneut, daß wichtige kommunale Vorhaben auf der Strecke blieben. Nur wenn in Bonn prinzipiell die Weichen anders gestellt würden, gäbe es Änderungen, betont die DKP. Wenn die Rüstung gekürzt, die Wirtschaftskriminalität verhindert, die Konzerne nicht mehr für Arbeitsplatzvernichtung subventioniert würden, dann stünde auch mehr Geld für die arbeitende Bevölkerung zur Verfügung.

6. Hessisches Arbeiterkonzert

Rundfunk-Sinfonieorchester

Leipzig, DDR



Sonntag, den 30. November 1980, 19.00 Uhr
Mörfelden-Walldorf, Stadthalle Walldorf

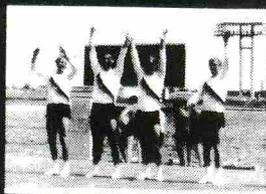
Dirigent: Wolf-Dieter Hauschild
Solist: Rolf-Dieter Arens

Programm: P. Dessau: Bach-Variationen für großes Orchester
W. A. Mozart: Konzert für Klavier und Orchester d-Moll, KV 466
L. v. Beethoven: Sinfonie Nr. 3, Eroica

Eintritt DM 7,— Vorverkauf DM 6,—
Lehrlinge, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten
DM 6,—, Vorverkauf DM 5,—

Karten im Vorverkauf an allen bekannten Stellen im Stadtgebiet
und bei allen DKP-Mitgliedern

Spiele der XXII. OLYMPIADE



Moskau 1980

Autorenkollektiv
**Spiele der
XXII. Olympiade –
Moskau 1980**

Sport-Verlag, Berlin, 312 S.,
300 Schwarzweiß- und 270
Farbfotos, Leinen, DM 57,50
Best.-Nr.: 100/6714236

Dieses Buch informiert den
Leser umfassend in Wort und
Bild über die erfolgreiche
XXII. Olympiade in Moskau.
Es ist das Standardwerk zu
der ersten Olympiade in
einem sozialistischen Land in
deutscher Sprache. Der Bild-
band gibt einen hervorragenden
Überblick über die sport-
lichen Höhepunkte.

Pauke/Bauer

**Umweltprobleme –
Herausforderung
der Menschheit**

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., 284 Seiten,
Paperback, 9,— DM
Best.-Nr.: 1110/8011003

**Buchhandlung
Wissen und Fortschritt**

Lauteschlägerstraße 3

6100 Darmstadt
Tel. (0 61 51) 7 52 30

collectiv

literatur

Bestellungen bei:
Waltraud Träger
Hochstraße 6
6082 Mörfelden
Tel. (0 61 05) 2 32 55

Die Startbahn und die Militärs

Als ich Börner auf dem SPD-Parteitag erlebte, wie er, trotz der Massenproteste weiter stur für die Startbahn/West eintrat, dachte ich so bei mir, „da steckt mehr dahinter“ – „der steht auch unter Druck“.

Wenn man die Presse dieser Tage liest, weiß man, „daß mehr dahinter steckt“. Hinter den Startbahn/West-Plänen stecken auch handfeste militärische Interessen, stecken die Amerikaner und die NATO. Vor einigen Monaten sagte man mir beim FAG-Vorstand schon deutlich: „na ja, es wäre ja schön, wenn man das Air-Base-Gelände zivil nutzen könnte, aber da ist nichts zu machen – der Flughafen ist in die NATO-Logistik fest eingebaut.“

Heute muß man fragen, ist auch die Startbahn/West in diese militärische Planung fest eingebaut?

Da schreibt die FAZ in einem Kommentar über den Gießener Parteitag am 17.11.80:

„Selbst eine so klare Notwendigkeit wie unsere Verteidigung wird mit Wort und Tat an den Abgrund der Fragwürdigkeit geschoben. Der Frankfurter Flughafen ist einer der wenigen grossen Trümpfe in der miserablen geopolitischen Lage der Bundesrepublik.“

Da wird schon vieles deutlicher. Sicher, in einem Ernstfall wird jeder Zivilflughafen auf der Welt Militärflughafen. Aber die US-Air-Base schafft auch in Friedenszeiten Unsicherheit im Luftraum und beengt die Kapazität.

Täglich werden auf dem Frankfurter Flughafen im Schnitt 650 Starts und

Landungen gezählt. 365 Flugzeuge. Mehr als 50 mal starten und landen amerikanische Militärmaschinen, vorwiegend Transport-Maschinen. Fast 10 Prozent der Flugzeugbewegungen auf Rhein-Main entfallen auf das Militär, vor allem die US-Armee. Und manchmal – „in Krisenzeiten“ sind es weit mehr. Aber das wird, wie es offiziell heißt, „nicht an die große Glocke gehängt. Für die militärische Nutzung des Rhein-Main-Flughafens zahlen die USA weder Start- noch Landegebühren. Die Kosten tragen die Steuerzahler. Eine Kostenbeteiligung der USA an dem 350-Millionen-Projekt Startbahn/West ist nicht vorgesehen. Die kostenlose Nutzung der geplanten Startbahn in den 80er und 90er Jahren den USA aber bereits zugesichert. Sicher, bis jetzt konnte man die Amerikaner bewegen, ihren Flugverkehr aus den Spitzenzeiten herauszuhalten. Trotzdem passiert es nach wie vor, daß auch hier die „Hercules“ und „Galaxy“ landen und starten. Rhein-Main gehört zu den zentralen europäischen Drehscheiben der US-Armee. Sie mißbraucht den Flughafen, um Waffen und Munition über viele Länder Europas auszustreuen. Rhein-Main, das ist auch amerikanische Nachschubbase für den militärischen Aufmarsch im Nahen und Mittleren Osten, im Indischen Ozean. Rhein-Main, das ist Sprungbrett für den Einsatz amerikanischer „Eingreiftruppen“, die den Auftrag haben, im Krisenfall die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten „freizubomben“.

Hier standen die wüstenfarbenen „Hercules“, die bei Carters Iran-Abenteuer verwendet wurden, und wer weiß, was auf diesem 363 ha -Gelände noch so alles geschieht.

Unmittelbar mit der US-Air-Base verbunden ist das riesige ABC-Waffen-Depot der Amerikaner im Oberwald, in dem gerade Baumaßnahmen stattfinden. Auch von diesem Pulverfaß vor unserer Haustür geht eine große Gefahr aus.

Dies wissen wir spätestens seit dem schrecklichen Explosionsunglück in Thailand, bei dem viele Zivilisten ums Leben kamen.

Ich glaube, daß alle Startbahn/West-Gegner den militärischen Aspekt schärfer ins Auge fassen sollten.

Die Startbahn/West wird eben nicht nur in den Konzernetagen gefordert, darüber wird auch im NATO-Hauptquartier diskutiert.

Wenn wir jetzt erleben, welche Forderungen über den großen Teich kommen, dann kann es einem sowieso angst und bange werden. Da vertreten die Reagan-Mitarbeiter die Auffassung, „daß künftig kein Teil der Erde mehr außerhalb der US-Interessen liegen dürfe.“ (FR, 15.11.80)

Da will der amerikanische Botschafter Walter Stöessel neue Munidepots, Flughäfen für die Big-Lift-Einheiten, im Wert von Milliarden Mark. Da sollen die US-Mittelstreckenraketen hier stationiert werden, die ebenfalls Milliarden kosten. Es lohnt sich, den ganzen US-Forderungskatalog im „Stern“ nachzulesen.

Ich kann mir keinen Bürger vorstellen, dem dabei nicht der Zorn hochkommt. Wenn man dies alles im Zusammenhang sieht, dann kann man feststellen, der Kampf gegen die Startbahn/West ist nicht nur ein Kampf für die Erhaltung unserer Umwelt, er ist auch Friedenskampf.

Rudi Hechler



6. November 1980. 6400 Menschen des Flughafen-Umlandes demonstrieren in der Landeshauptstadt.

Ein offener Brief an die SPD-Delegierten

Sepp Mayer, Vorsitzender der DKP-Hessen und Dr. Ellen Weber, Stellv. Vorsitzende der DKP-Hessen, richteten an die Delegierten des Bezirksparteitags der SPD Hessen-Süd einen „Offenen Brief“, in dem es u.a. heißt:

„Heute darf niemand mehr übersehen, daß die dichtbesiedelten industriellen Ballungsräume — dazu gehört vor allem das Rhein-Main-Gebiet — keine neuen Eingriffe in die dort nur noch spärlichen Grüngürtel vertragen.“

Die Pläne zum weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens stammen aus einer Zeit, da einige Wirtschaftsfachleute und Bankiers davon ausgingen, daß sich die kapitalistische Produktion in einer Steilkurve immer weiter nach oben entwickeln würde. Man träumte in Konzernetagen und Regierungsvierteln von einem ungebremsen Wirtschaftswachstum. Diesen Einschätzungen entsprangen damals auch die Pläne zum Bau neuer Startbahnen, immer dichterer Autobahnnetze, immer größerer Automobile, immer höherer Banken- und Versicherungstürme. Diesen Einschätzungen wurden vor 10 und 15 Jahren ganze Stadtviertel geopfert. Wohnhäuser wurden zerstört, Wolkenkratzer und andere Zement- und Glasklötze entstanden ge-

gen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung an ihrer Stelle.

Ist es nicht an der Zeit, die Bilanz dieser törichten Entwicklung zu ziehen? Ist es nicht an der Zeit, dem Bürgerwillen Rechnung zu tragen? Anstatt den Protest von örtlichen Parlamenten und Gewerkschaften, von Ortskartellen und Zehntausenden von Bürgern Rechnung zu tragen, setzt man jetzt mit dem geplanten Bau der Startbahn/West dem Unsinn der letzten Jahre noch die Krone auf.

Weitere Landschaftszerstörung soll in Kauf genommen werden für einen nur vermuteten Zuwachs im Luftverkehr. Das alles, obwohl Rohstoff- und Energiekrise zur Mäßigung zwingen. Die Zeichen des wirtschaftlichen Rückgangs können nicht übersehen werden. Den Projekten des ökonomischen Größenwahns darf heute nichts mehr geopfert werden, weder Wald noch Wohnraum, weder Luft noch Wasser. Auch der Konkurrenzkampf der Landesfürsten über die Grös-

se der Flughäfen in München, Frankfurt oder anderswo, darf nicht auf Kosten der Bürger ausgetragen werden.

Die Betreiber des Startbahn/West-Projektes behaupten, diese Startbahn sei nötig, zum Erhalt der Arbeitsplätze. Dieses Argument soll als psychologische Gleitschiene dienen, um den Massenwiderstand gegen den Ausbau abzuwiegeln. Jeder Mensch hat Anspruch auf einen Arbeitsplatz und eine gesicherte Existenz. Daß dieses Grundrecht in den letzten Jahren für immer mehr Menschen in Frage gestellt wurde, resultiert aus der am Gewinn orientierten Produktion. Gebaut wird, was Profit bringt. Diesem Grundsatz fielen wichtige Projekte zum Opfer. Die großen sozialen Belange, mehr Bildung, besserer Gesundheitsschutz, preisgünstige Wohnungen und anderes mehr, blieben auf der Strecke.

Die großen Konzerne wurden durch Subventionen ermutigt, auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu rationalisieren. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden in allen Bereichen wegrationalisiert.

Bei den Rüsselsheimer Opel-Werken wurden in letzter Zeit weit über 5000 Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet. Auch die Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen sind durch Rationalisierung in Gefahr und nicht durch die fehlende Startbahn/West. Wenn Banken und Konzern-Vertreter heute auf den Startbahnzuwachs drängen (auf diese Kreise berufen sich alle Parteien in Wiesbaden und nicht zuletzt Holger Börner), so vertreten sie ihre eigennützigen Profitinteressen. Sie wohnen an den Hängen des Taunus. Ihre Interessen sind nicht die der Bürger im Rhein-Main-Gebiet.

Ministerpräsidenten haben Bürgerinteressen und nicht Kapitalinteressen zu vertreten. Die Startbahn/West ist ein Projekt der Banken und Konzerne, gegen die Bewohner einer ganzen Region. Es ist kein Zufall, daß in der Bürgerbewegung ein viel zitierter Vierzeiler entstanden ist:

Wer hat die Startbahn gerne
Die Banken und Konzerne.

Wer hat die Startbahn satt?
Die Bürger unserer Stadt.

Der Volkszorn weist in die richtige Richtung. Er nennt die Schuldigen an der Zerstörung der Umwelt. Es ist nicht vertretbar, Millionen Menschen Umweltschäden zuzumuten, um sich das Wohlwollen einer Handvoll Großbankiers zu erhalten.“

Bezahlt fürs Handeln!

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat im Verlauf der Debatte um die Startbahn/West des Frankfurter Flughafens gesagt, Politiker würden fürs Handeln und nicht fürs Nachdenken bezahlt. Bei diesem Standpunkt ist es wohl vergeblich, zu hoffen, daß die Gedanken und Argumente der Landeskinder jemals seinen Kopf erreichen. Vor lauter Handeln kommt er nicht zum Denken. Nur er? Es ist die Haltung der Macher von Wirtschaft und Politik. Man sieht's der Landespolitik auch an. Bäume absägen — das ist Handeln, Flüsse mit Gift vollpumpen, Autobahnen überall hin bauen, Grüngürtel zerstören, Abfall in die Landschaft kippen, Wohnhäuser abreißen, Wolkenkratzer hochziehen, all das ist knackiges Handeln. Diese forschen Auftritte haben der Bevölkerung schon viel Lebensraum genommen.

Nicht nur Luft und Wasser verloren ihre erholsame Qualität, auch die Einsamkeit der Menschen in den großen Städten wuchs mit den Versicherungstürmen und Bankpalästen. Daß jetzt im Umlandbereich des Frankfurter Flughafens die Bürger energischen Widerstand leisten, um einen weiteren tiefen Eingriff in die Natur zu verhindern, um einer ganzen Region den lebensnotwendigen Grüngürtel zu erhalten, zeigt, daß im Gegensatz zu der Haltung des Ministerpräsidenten und seiner Industrie und Bankherrschaft, die Bürger das Denken nicht verlernt haben.

Wenn Bürger handeln, entspricht dies dem gründlichen Nachdenken über die Gegenwart und Zukunft.

Das Gefühl der Verantwortung auch für die kommenden Generationen manifestiert sich im Widerstand gegen die Umweltzerstörung.

Nun wäre es zu kurz gegriffen, die Verantwortlichen im Landtag und in den Konzern- und Banketagen als die „Macher vom Dienst“

der totalen Gedankenlosigkeit anzuklagen. Sie denken auch. Sogar bevor sie handeln. Ihr Handeln hat einen Sinn, der sich erschließt, wenn man fragt: Für wen sie handeln und wem es nutzt?

Main und Rhein werden mit Gift beschickt, auf der Grundlage von Gestattungsverträgen, die das Land mit den Direktoren der Farbwerke abgeschlossen hat. Gift in den Fluß, das ist eine billige Abfallbeseitigung. Es dient dem Profit der Konzerne, möglichst oft Flüsse als Abwasserkanäle zu nutzen. Wohnhäuser, ganze Wohnviertel wurden zerstört und das Gelände mit Bankpalästen bestückt.

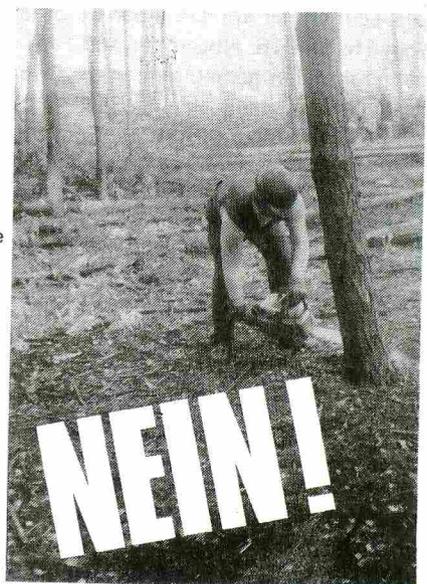
Reich wurden dabei die Bodenspekulanten und Banken. Genußt hat es dem Geldbeutel der großen Industrie.

Der Wald bei Mörfelden-Walldorf soll abgeholzt werden. Frankfurt sei das seiner Rolle als Zentrum der Industrie- und Bankinteressen schuldig — heißt es. (Vom NATO-Interesse wird aus Gründen der militärischen Geheimhaltung nicht gesprochen.) Die Kette ließe sich verlängern.

Der Dreh- und Angelpunkt des Problems ist, daß Kapitalinteressen und Bürgerinteressen nicht unter einen Hut zu bringen sind. In Flughafennähe wird das zusätzlich durch die Opel-Werke demonstriert. Das Kapitalinteresse an Rationalisierung hat heute schon 5.000 Kollegen den Arbeitsplatz gekostet. Das gleiche Kapitalinteresse bedroht die Arbeitsplätze am Flughafen. Rationalisierung setzt Kollegen frei, auch wenn die Startbahn/West durchgepaukt werden sollte.

Wie man es auch dreht und wendet: Der Satz von Holger Börner — bezahlt fürs Handeln und nicht fürs Denken — muß geringfügig korrigiert werden: Bezahlt fürs Handeln im Interesse der Konzerne, muß es heißen. Darüber kann man wirklich nicht nachdenken ohne durchzudrehen.

Dr. Ellen Weber



Atomtod bedroht uns alle

Am 15. und 16. November 1980 fand in Krefeld ein großer Kongreß statt, der unter dem Motto stand: „Der Atomtod bedroht uns alle. Bei der Eröffnung der Veranstaltung, zu der zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens eingeladen hatten, sprach u.a. Generalmajor a.D. Gerd Bastian. In der Arbeitsgruppe „Ökologie und Frieden“ informierte Rudi Hechler ausführlich über die Bürgerbewegung am Rhein-Main-Flughafen. Das Krefelder Forum verabschiedete auf der Schlußveranstaltung eine Erklärung mit folgendem Wortlaut:

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen. Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbil-

dung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung, eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt —

Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung — die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Kein Ausweg

Die „Grünen“ sind dabei, in unserer Stadt einen Ortsverband zu bilden. Man will evtl. bei den Kommunalwahlen kandidieren. Sollte es zu einer Kandidatur der „Grünen“ kommen, dann kann es passieren, daß sie 4,9 % der Stimmen erhalten, die DKP vielleicht auch nur 4,9 %. Ergebnis: die SPD und CDU reiben sich die Hände, denn die DKP, seit Jahren aktive und konsequente Arbeiteropposition wäre ausgeschaltet. Das kann schnell passieren, denn die DKP, die in Mörfelden um 12 % Stimmenanteil hat, erhielt nach der Fusion mit Walldorf zusammen nur noch 7,1 % der Stimmen. Wir wollen nun hier nicht groß erwähnen, daß es im Stadtparlament ja nicht nur Umweltfragen zu behandeln gibt, wir wollen nicht belegen, daß die DKP seit Jahren, vor allem mit ihren Ortszeitungen für Walldorf und Mörfelden, die konsequenteste Kraft für eine lebenswerte Umwelt darstellt.

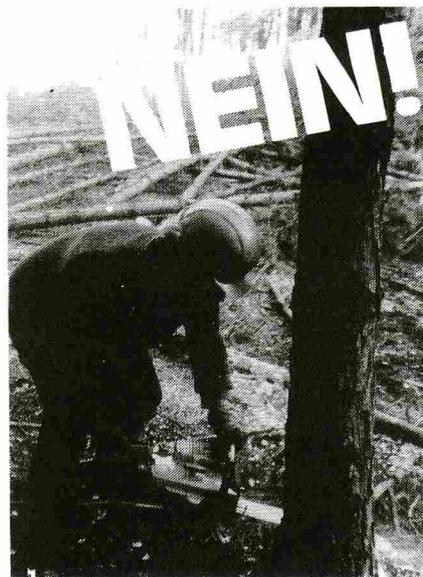
Wir bedauern etwas anderes, viele „Grüne“ rekrutieren sich aus Bürgerinitiativen. Diese aber müssen als überparteiliche Kraft Druck auf die Parteien ausüben können. Sonst verfehlen sie ihren Auftrag.

Die DKP konnte von Anfang an so konsequent für den Umweltschutz eintreten, weil die Kommunisten wissen,

und dies auch sagen, wo die wirklichen Umweltzerstörer sitzen, in den Chefetagen der großen Konzerne und den hohen Staatsstellen; von hier aus werden die Weichen gestellt für Maßnahmen, die sich letztlich gegen die Menschen und ihre natürliche Umwelt richten. Wer die Ausbeutung von Mensch und Natur überwinden will, der muß an diese Wurzeln gehen. Wenn die Anhänger der ökologischen Bewegung in unserer Stadt das wollen, dann brauchen sie keine neue Partei. Dann ist der richtige Weg, die DKP zu unterstützen, mitzuhelfen, daß am 22. März nächsten Jahres bei den Kommunalwahlen die einzige Oppositionspartei im Stadtparlament — die DKP — gestärkt wird.

Oder wollen die „Grünen“ hier erleben, wie sie durch ihr Auftreten, ob gewollt oder ungewollt, dazu beitragen, daß die linken, demokratischen Kräfte gespalten, auseinanderdividiert werden.

Die DKP betont: Wir sind nicht an einer Konfrontation mit neuen politischen Kräften, wie sie sich in der Umweltschutzbewegung entwickelt haben, interessiert. Wir sind am gemeinsamen Kampf interessiert. Gemeinsam in Aktionen und Bürgerinitiativen, die sich bei ihrem außerparlamentarischen Kampf auf die DKP-Fraktion im künftigen Parlament verlassen können.



Haben Sie schon ein Plakat gegen die Startbahn West? Bei der DKP erhältlich!

Was steckt hinter den islamischen Kulturzentren?

In der Mörfelder Mühlstraße gibt es ein „islamisches Kulturzentrum“. Vor einiger Zeit gab es dort Proteste der Anwohner wegen dem Lärm, der von der ehemaligen Schreinererei ausging. Mittlerweile soll es dort etwas ruhiger geworden sein – aber es bleiben natürlich einige Probleme, über die man sprechen muß. So muß man vor allem untersuchen, wer hinter den islamischen Kulturzentren und den Koranschulen steckt.

Alle Korankurse stehen unter der Kontrolle rechtsextremistischer, politisch motivierter islamischer Gruppen oder der MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“). Die Kurse gleichen privaten Spezialschulen, denn sie werden weder von deutschen noch türkischen Behörden kontrolliert. Bestorganisierte Sekte sind die Süleymanisten, selbst in der reaktionären Türkei wegen ihres Fanatismus verboten. Sie gründeten bereits 1974 das „Islamische Kulturzentrum“, das seit 1975 seinen Hauptsitz in Köln hat. Diese Zentrale ist Hauptorganisator der Korankurse. Nach Angaben des hauptamtlichen Hauptimam Harun Resit Tüyoğlu verfügt die Organisation über 200 Gebetsstätten.

Religiöse Gefühle werden mißbraucht

Da die türkischen Faschisten mit ihren rassistischen und abenteuerlichen Parolen unter der türkischen Bevölkerung keine große Unterstützung finden, mißbrauchen sie die religiösen Gefühle ihrer Landsleute. Mit einer geringen Zahl zentral gesteuerter MHP-Gefolgsleute unterwandern sie ungehindert Moscheevereine und besetzen insbesondere deren Vorstände. Die Mehrheit der Gläubigen ist keineswegs mit den Zielen und Praktiken der MHP einverstanden. Doch sie verfügt nicht über ausreichende politische Erfahrung, um Widerstand leisten zu können. Darüber hinaus wird sie durch Drohungen der Faschisten eingeschüchtert. Auf diese Weise verwandeln sich die Gebetsräume oft in Propagandastätten faschistischer Ideologie. Der Kampf gegen alle „Ungläubigen“, der „Heilige Krieg“, vereint sie zu gemeinsamen Aktionen, ihr Hauptfeind ist der Kommunismus, der mit allen Mitteln bekämpft werden soll. Was wird nun in den Korankursen hauptsächlich gelehrt? Nach einer Presseerklärung des Türkischen Lehrerverbandes Nordrhein-Westfalen sind es vor allem folgende Lehrsätze, die verbreitet werden:

- Das türkische ist ein heldenhaftes und alle anderen überragendes Volk.
- Der Islam ist die beste und ehrlichste aller Religionen. Was andere Religionen lehren, ist falsch.
- Der islamische Glaube wird die ganze Welt erobern.
- Was in der staatlichen Schule gelehrt wird, ist falsch, gleich ob von deutschen oder türkischen Lehrern. Z. B. können die Menschen nicht vom Mond ins All fliegen, da dort das Licht Gottes ist.
- Lehrer, die gegen Korankurse sind, dürfen getötet werden.
- Es darf kein Fleisch bei einem deutschen Metzger gekauft werden, da dort das Rind- und Hammelfleisch mit dem gleichen Messer wie das verbotene

Schweinefleisch geschnitten wird.

- Türkische Kinder dürfen mit deutschen keine Freundschaft schließen, da diese Christen sind, Schweinefleisch essen, tanzen gehen und keine Kopftücher tragen.
- Mädchen und Frauen müssen Kopftücher tragen.
- Mädchen und Frauen müssen zusätzlich zum Rock lange Hosen tragen.
- Mädchen und Jungen dürfen nicht nebeneinander auf einer Bank sitzen.
- Für Mädchen ist der Schulbesuch sowie das Lernen der türkischen und deutschen Schrift nicht angebracht.
- Schwimmen, Sport und Ballspiel sowie Tanzen sind für Mädchen verboten.
- Frauen müssen auf der Straße hinter ihrem Mann gehen, da sie ihm gegenüber minderwertig sind.
- Frauen dürfen sich nicht am gleichen Ort wie Männer aufhalten.
- Eine Frau darf ihrem Mann nicht widersprechen.
- Außerhalb der Korankurse darf nicht erzählt werden, was dort gelehrt wird, wo der Kurs stattfindet und wie der Lehrer heißt. Andernfalls droht den Kindern Prügelstrafe.

Bereits Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren werden in der Regel drei bis sechs Stunden täglich dieser Indoktrination ausgesetzt. Die Folgen für das Alltagsleben und die Integration liegen auf der Hand und werden von Lehrern immer wieder bestätigt; Feindgefühle zwischen türkischen und deutschen Kindern verstärken sich, das türkische Nationalgefühl wird so stark ausgeprägt, daß eine Freundschaft mit Deutschen nicht mehr möglich ist. Die Kinder glauben nichts mehr, was deutsche oder türkische Lehrer unterrichten. Sie können ihre Hausaufgaben nicht machen, da der Besuch der Korankurse ihnen keine Zeit dafür läßt. Die Mädchen tragen Kopftücher, setzen sich nicht neben Jungen und machen weder Sport noch Schwimmen mit. Aufgrund der Drohungen der Hodschas verhalten sich die Kinder den Lehrern gegenüber verängstigt. So werden bei diesen Kindern neben der Indoktrination mit reaktionären Ideologien noch zusätzliche Hemmnisse für das Lernen in Schule und Gesellschaft geschaffen.

**JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,**

gehört in die

DKP

Außerparlamentarische DKP-Fraktion gebildet

Am 7.11. wurde von der DKP Mörfelden-Walldorf eine achtköpfige außerparlamentarische Fraktion gebildet. Ihr gehören an: Rudi Hechler, Heinz Hechler, Rudolf Dötsch, Herbert J. Oswald, Jörg Cezanne, Waltraud Träger, Gerd Schulmeyer und Wolfgang Schilling.

Diese außerparlamentarische Fraktion, es sind die drei seitherigen Stadtverordneten der DKP und fünf weitere Kandidaten zur Kommunalwahl 1981, hat die Aufgabe, sich weiterhin aktiv um die Kommunalpolitik in Mörfelden-Walldorf zu kümmern. Alle Stadtverordnetensitzungen, alle Ausschusssitzungen sollen besucht, Vorschläge, auch zum Haushaltsplan, erarbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

In der Diskussion wurde betont, daß man die CDU, die sich leider unsolidarisch zeigte und nicht zurücktrat, in den Sitzungen nicht alleine lassen wolle.

Man werde wie seither dafür sorgen, daß man „draußen sieht, was drinnen vorgeht“, erklärte die DKP.

Leserbrief

Ausgewogen

Um die Ausgewogenheit des „Freitags-Anzeiger“ braucht man sich spätestens nach der Ausgabe vom 24.10.80 wirklich nicht zu kümmern. Nachdem auf den ersten Seiten Neues vom Stand des Flughafenausbauens „Startbahn West“ zu lesen war, überraschte mich auf der nächsten Seite eine, über eine halbe Seite verteilte Werbung der Flughafen AG, die wieder einmal versuchte, die „positiven“ Seiten des Unternehmens herauszustellen.

Ich frage mich allen Ernstes, ob dieses Blättchen es nötig hat, mit diesen doch relativ seltenen Aufträgen, sich die Sympathien der meisten Abonnenten zu verschmerzen. Oder ist der Freitags-Anzeiger so optimistisch, daß er denkt, er würde über die nächsten Jahre hinweg Daueraufträge der Flughafen AG erhalten?

Dem Freitags-Anzeiger kann das ja egal sein. Sollten sich in späteren Jahren Umweltbelastungen bemerkbar machen, gibt es sicherlich Unternehmen, die vielleicht dann gar seitenweise für Ohrenschützer, Schlafmittel oder Frischluftsprays nach Art des früheren Mörfelder Waldes anbieten. Bei der Veröffentlichung dieser Reklame ist dann unser Freitagsblättchen noch ausgewogener.

Dann kann man ja über Umweltbelastungen auf den ersten Seiten berichten, um dann auf der folgenden Seite Reklame über Frischluftsprays zu veröffentlichen.

Kurt Kemmler, Feststr. 2, 6082 Mörfelden

Mitmachen

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) rufen auf zu einer

bundesweiten Großkundgebung am Sonntag, 7.12.1980 in Rüsselsheim um 14.30 Uhr auf den Mainwiesen

Forderungen:

Keine Startbahn 18 West
Nachflugverbot von 22 bis 6 Uhr
Sofortige Einstellung der Bauarbeiten
Zurücknahme des Baubeschlusses durch die Flughafenaktionäre
– Bundesregierung, Hessische Landregierung,
– Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.

Im Aufruf heißt es u.a.:

Seit mehr als 15 Jahren plant die Flughafenaktiengesellschaft die Erweiterung des Frankfurter Flughafens um eine 4 km lange Nur-Startbahn, die im rechten Winkel zu dem bestehenden Bahnsystem mitten in ein vielbesuchtes Naherholungsgebiet führen soll. Seit mehr als 15 Jahren ist diese Startbahn umstritten.

Folgen:

Vernichtung des größten zusammenhängenden Waldgebietes im überlasteten Rhein-Main-Gebiet. Etwa 500 Hektar Wald mit mehr als 3 Millionen Bäume gingen verloren.

Zerstörung der wichtigsten Frischluftschneise für die Stadt Frankfurt.

Zerstörung des einzigen Naherholungsgebietes von 6000 ha Wald.

Ansteigen der Herz- und Kreislauferkrankungen, Verkürzung der Lebenserwartung durch Lärm und verschmutzte Luft.

Abwälzung aller Folgekosten auf die Bevölkerung (Schallschutz, Krankenkosten, Straßenbau, Unternehmensrisiko).



Mörfelden gestern

Ein Haus in der Bahnhofstraße vor vielen Jahren aufgenommen. Im Sommer war eine Bank oder ein Stuhl vor den Häusern keine Seltenheit. Man ruhte sich nach Feierabend aus und hatte Gelegenheit, noch etwas zu sehen bzw. sich mit Nachbarn zu unterhalten. Der Großvater auf unserem Bild setzte sich jedoch nicht auf den für ihn reservierten Stuhl – er stellte sich für den Fotografen in Positur.